

Härtel, Hans-Hagen

Article — Digitized Version

Neue Aufbruchsstimmung

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Härtel, Hans-Hagen (1989) : Neue Aufbruchsstimmung, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 69, Iss. 1, pp. 2-3

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136471>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Neue Aufbruchsstimmung



Hans-Hagen Härtel

Während die Prognosen für 1989 gegenüber dem Vorjahr eine Abschwächung der konjunkturellen Expansion erwarten lassen, scheinen die Aussichten auf mittlere Sicht zunehmend günstiger eingeschätzt zu werden. Die Ökonomen der Deutschen Bank haben jüngst sogar die These vertreten, daß der Wachstumspfad in den nächsten fünf Jahren etwas steiler sein werde als in den vorangegangenen fünf Jahren. Dies würde bedeuten, daß der seit den fünfziger Jahren anhaltende Trend abnehmender Wachstumsraten^x umgekehrt würde. Diese Erwartung deckt sich durchaus mit einer breiten Grundstimmung in der deutschen Wirtschaft. Kennzeichnend für diesen Stimmungswandel ist, daß die Klagen über die Qualität des Standortes Bundesrepublik Deutschland inzwischen nahezu verstummt sind oder zumindest durch den Hinweis auf positive Standortfaktoren relativiert werden. Im übrigen stehen auch die kurzfristigen Aussichten nicht im Widerspruch zu einer günstigen mittelfristigen Perspektive. Ein Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion um 2% bis 2,5% in diesem Jahr – nach 3,5% im vorigen Jahr – würde weiterhin eine hohe Auslastung des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials gewährleisten. Damit würde die Aufwärtsbewegung, die nach der weltweiten Rezession 1981/82 eingesetzt hatte, in ihr siebtes Jahr treten.

*und jüngst
Anhebung /
1989*

Diese ungewöhnliche Dauer sehen manche als Beleg dafür an, daß der traditionelle Konjunkturzyklus tot sei und eine Rezession nicht mehr befürchtet zu werden brauche. Andere mögen die positive und spannungsfreie Entwicklung der vergangenen Jahre als den Beginn einer langen Welle ansehen, als Bestandteil eines Kondratieff-Zyklus, mit dem die Wirtschaftsforscher in der Vergangenheit die langfristigen Phasen der Prosperität und des Niedergangs beschrieben haben. Freilich: Der erfahrene Beobachter weiß um die Anfälligkeit der mittelfristigen Erwartungen gegenüber aktuellen Ereignissen. Jahre mit ungünstiger Konjunktur pflegen die mittelfristigen Aussichten ebenso zu verdüstern, wie gute Jahre – z. B. das Jahr 1988 – sie erhellen. Und die ungünstigen Standortbedingungen der Bundesrepublik – hohe Lohnkosten, Mangel an Flexibilität, hohe Abgaben an den Staat – werden besonders dann fühlbar, wenn sich die Wettbewerbsfähigkeit durch die Entwicklung des Dollarkurses verschlechtert; sie geraten hingegen unter die Fühlbarkeitsschwelle, wenn die Wechselkurs-erwartungen für die Industrie günstig erscheinen.

1. Quartal

Positive Perspektiven müssen, sollen sie verlässlich sein, nicht nur durch die aktuelle Entwicklung, sondern auch durch die sogenannten fundamentalen Faktoren begründet sein. In der Tat braucht man nicht lange nachzudenken, wenn man nach möglichen Impulsen sucht, die die wirtschaftliche Entwicklung noch für eine Weile vorwärtstreiben könnten. Hierzu gehören die durch den technischen Fortschritt auf dem Gebiet der Mikroelektronik und neuerdings der Gentechnologie ausgelösten Innovationen, die durch die geburtenstarken Jahrgänge der Nachkriegszeit hervorgerufene Verjüngung des Arbeitskräfte- und Konsumentenbestandes sowie ein neuer Schub der Internationalisierung der Unternehmenskooperation und des Austausches von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Informationen. Nicht zuletzt hat auch die von der EG-Kommission gestartete Initiative zur Vollendung des europäischen Binnenmarktes in den Unternehmen Dynamik freigesetzt und die Kräfte der Veränderung gegenüber den Beharrungstendenzen gestärkt.

Das Urteil, ob diese Fundamente tragfähig genug sind, hängt vor allem davon ab, inwieweit eine Wirtschafts- und Sozialpolitik erwartet werden kann, die wirtschaftliche Dynamik fördert, anstatt sie zu behindern. Bei diesem Urteil kommt es nicht nur darauf an, ob eine bessere Politik als in der Vergangenheit betrieben wird, sondern auch darauf, ob wir mit dem mithalten, was in anderen Ländern an politischen Veränderungen erprobt und durchgesetzt wird. Es wird zu Recht betont, daß die von kaum jemandem erwartete positive Entwicklung der letzten Jahre in den westlichen Industrieländern das Ergebnis der Wirtschaftspolitik ist, die in der politischen Diskussion unter dem Etikett „angebotsorientierte Wirtschaftspolitik“ propagiert oder bekämpft wurde. Ein Pfeiler dieser Politik ist eine auf Stetigkeit, Rückgewinnung von Geldwertstabilität und Konsolidierung der Staatshaushalte gerichtete Geld- und Fiskalpolitik. Hier nimmt die Bundesrepublik im internationalen Vergleich einen Spitzenplatz ein. Der Beitrag dieser Stabilisierungspolitik besteht insbesondere darin, daß Rückschläge durch Stabilisierungskrisen und Rezessionen unwahrscheinlicher geworden sind.

Sollen die Beschäftigungs- und Einkommenschancen nachhaltig verbessert werden, dann reicht es allerdings nicht aus, Konjunkturrückschläge zu vermeiden. Es ist vielmehr notwendig, mit Hilfe der beiden anderen Säulen der Angebotspolitik wirtschaftliche Dynamik zu entfalten. Die eine Säule ist Wachstumspolitik durch Sicherung der Rohstoff- und Energieversorgung und Erhaltung der natürlichen Produktions- und Lebensgrundlagen, durch Bereitstellung von Infrastruktureinrichtungen und insbesondere durch Erleichterung der Kapitalbildung und von Forschung und Entwicklung sowie durch Förderung der Qualifikation der Arbeitskräfte. Die andere Säule ist die Anpassung von Rechtsnormen und Institutionen an den technischen Fortschritt, an demographische Veränderungen, an die fortschreitende Integration der nationalen Güter- und Faktormärkte und an den Wandel der individuellen und kollektiven Präferenzen.

In den westlichen Industrieländern hat inzwischen ein Wettbewerb um die besten Reformen der Institutionen sowie des Steuer- und Sozialrechts eingesetzt. In diesem Wettbewerb marschiert die Bundesrepublik keineswegs an der Spitze, sondern droht immer mehr zurückzufallen. Während in anderen Ländern – häufig in breitem nationalen Konsens – das Steuersystem in großen Schritten umgestaltet wird und die Steuersätze drastisch gesenkt werden, leistet sich die bundesdeutsche Öffentlichkeit einen kleinkarierten Streit um eine bescheidene Absenkung des Spitzensteuersatzes. Und das Kernstück der Reform, die Abflachung des Progressionstarifs, wird von der Opposition nach wie vor in Frage gestellt. Nahezu unüberwindlich ist der Widerstand gegen Reformen, mit denen mehr Wettbewerb, Vielfalt und Wahlfreiheit für Anbieter und Konsumenten hergestellt werden sollen. Die gesetzliche Ladenschlußregelung ist hierfür das prägnanteste, aber beileibe nicht das einzige Beispiel.

Der Widerstand gegen die Angebotspolitik wird häufig damit begründet, daß die heute diskutierten Reformen im Gegensatz zu den Reformen der siebziger Jahre nur der Effizienz des Wirtschaftssystems sowie den Unternehmensinteressen dienen und zu Lasten der sozialen Komponente sowie der Beschäftigten und Konsumenten gingen. So versuchen z. B. die Gegner der Postreform der Öffentlichkeit zu suggerieren, es gehe um die Alternative Unternehmenspost gegen Bürgerpost. Man darf aber nicht übersehen, daß es den Reformgegnern meist nicht um mehr soziale Gerechtigkeit geht, sondern um die Verteidigung von Besitzständen. Ein großer Teil der Subventionen und Regulierungen schützt die Bezieher von gut bezahlten und sicheren Arbeitsplätzen zu Lasten von Arbeitskräften, die unter schlechteren Bedingungen arbeiten, und sie bevorzugen die Produzenteninteressen gegenüber den Konsumenteninteressen.

Nach der Auffassung des amerikanischen Ökonomen Mancur Olson wird der Niedergang von Nationen dadurch eingeleitet, daß sich zur Wahrung von Besitzständen Verteilungskoalitionen bilden und durchsetzen können. Nicht selten hat man den Eindruck, daß die westdeutsche Gesellschaft auf diesem Weg schon weit vorangeschritten ist. Andererseits ist nicht zu übersehen, daß an vielen Stellen in der Politik, in der Wirtschaft und in den Gewerkschaften die Bereitschaft zum Umdenken und zur Überwindung von Immobilität wächst. Optimismus ist allerdings erst dann gerechtfertigt, wenn diese Kräfte die Oberhand gewinnen.